

Zur Weltlage : das deutsche Problem ; Das weltpolitische Ringen ; Die nationalen Freiheitskämpfe ; Der Faschismus ; Vom wirtschaftlichen Zusammenbruch ; Vom Sozialismus ; Die Abrüstung ; Die Friedensbewegung ; Schweizerisches ; Kulturelles ; Religiöses ...

Autor(en): Ragaz, Leonhard

Objektyp: Article

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **26 (1932)**

Heft 6

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-136290>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

„Sozialen“ zu Gott zu kommen. Wie sich auf jenem Weg das „Religiöse“ erfüllt, so auf diesem das „Soziale“.

Dieser Gedankengang des Referates gibt nur eine Andeutung von dem Reichtum, den der Vortragende vor uns ausbreitete.

Leider verlief die sich anschließende Diskussion nicht sehr befriedigend (wie ich schon erwähnt habe), indem die Hauptpunkte, um die es dem Referenten ging und die ich oben skizzierte, nicht berührt wurden. Die Aussprache bewegte sich viel zu lange auf einer Nebenlinie, die der Referent nur kurz berührt hatte, so daß dann keine Zeit und Luft mehr übrig blieb, das Wesentliche zu diskutieren. Es war das Problem der Kirche und speziell der Wert der Arbeit der sozialistischen Kirchgenossen und ihr Verhältnis zur gesamten religiös-sozialen Bewegung, bei dessen Erörterung die *Meinungen*, sicher *nicht die Gefinnungen* auseinander gingen.

Es war das einerseits bedauerlich, anderseits aber mögen gerade solche Zwischenfälle und Mißverständnisse doch auch zum Nachdenken anregen und der Klärung dienen. Und darum wollen wir diesen etwas unbefriedigenden Schluß der sonst so schönen Tagung nicht tragischer nehmen, als er es verdient. Vor allem möge der Referent daraus nicht den Schluß ziehen, daß sein Referat auf steinigem Boden gefallen, sondern er darf überzeugt sein, daß auch wir alle, die wir es hörten, das möchten, was er will und stets vertrat und was von einem unserer Freunde einmal in folgende Worte gefaßt wurde: „Ihm (Ragaz) ist der Sozialismus nicht bloß eine politische Machtfrage, sondern eine lebendige Idee, für deren Verwirklichung er seine ganze Persönlichkeit einsetzt.“

Marie Lanz.

Nachwort: Zu diesem Bericht unserer Freundin erlaube ich mir bloß zu bemerken, daß ich den Verlauf jener „Diskussion“ etwas weniger „optimistisch“ deuten muß. Es ist eben doch eine bedenkliche Tatsache, daß in jener ganzen Aussprache mein eigentliches Anliegen ob Nebensachen gar nicht (oder fast gar nicht) zu Worte kam. Mir will es scheinen, meine Ausführungen seien den meisten ziemlich überraschend gekommen und es sei ihnen nicht sofort möglich gewesen, dafür das Verständnis aufzubringen, es sei also dieses Ergebnis meines Vorstoßes (zu dem ich mich tief verpflichtet fühlte) ein Beweis seiner Notwendigkeit gewesen. Das *innere* religiös-soziale Problem *besteht*, auch wenn wenige es sehen sollten. Ich gedenke es wieder zur Sprache zu bringen.

Leonhard Ragaz.

Zur Weltlage

Das deutsche Problem.

Der Kinocharakter, welcher besonders der weltpolitischen Bewegung unserer Zeit eignet (wenn auch nicht nur ihr) und den ich schon öfters hervorgehoben habe, hat sich in dem plötzlichen Auftauchen einer *deutschen General- und Junkerregierung* wieder be-

währt. Man schaute auf den Kampf Brünings mit seinen Gegnern, auf den Ansturm des Nationalsozialismus, fragte, wie lange sich Brüning halten werde, sah auf der andern Seite Hitler als deutschen Regenten auftauchen — auf einmal steht eine Regierung von Generälen und Baronen da, wie durch einen Filmregisseur ins Dasein gerufen. Und doch ist objektiv die Ueberraschung nicht so groß, wie wir sie subjektiv empfinden. Es ist in diesen Betrachtungen zur Weltlage doch immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Linie Hindenburg-Gröner-Brüning, vielleicht mit einiger Herbeiziehung Hitlers, sich stärker erweisen werde als das reine Hitlertum. Nun scheint freilich zuerst durch den Sturz Gröners und dann Brünings gerade diese Linie zerbrochen. Aber ich meinte ja nie, daß es sich gerade um diese Namen handle; sie waren mir bloß Symbole einer bestimmten Macht, nämlich des älteren, besonders preußischen Konservatismus, und zwar wieder vorwiegend in seiner militärischen Form, im Gegensatz zu der neuen demagogisch-radikalen Volksbewegung des Nationalsozialismus unter der Führung eines Oesterreichers. Und *diese* Linie ist's, die sich in der neuen Regierung geltend macht. Ob dabei das Zentrum eine mehr oder weniger große Rolle spielt, ist in *diesem* Zusammenhang offenbar nicht entscheidend.

Nach der ersten Ueberraschung, welche durch das plötzliche Hervortreten einer „Militärdiktatur“ erzeugt wurde, stellte sich bald Einstimmigkeit des Urteils über diesen Sinn der Aktion Hindenburgs, Schleichers und ihrer Hintermänner ein. Sie will dem Hitlertum, es benutzend und ihm Zugeständnisse machend, doch den Weg zur vollen Macht versperren, dem alten preußischen Herrentum seine Geltung wahren und auch das deutsche Reich vor Abenteuer, Terror und Zerfall ins Chaos retten.

Doch ist dies offenbar nicht ihr ganzer Sinn. Es stehen hinter dieser Regierung neben den reaktionären Mächten des Großagrarertums auch die der Großindustrie. Diese zielen auf einen neuen Kurs in der *Sozialpolitik*, auf Beschneidung der Leistungen für die Arbeitslosen, Aufhebung der Tarifverträge, Brechung der Macht der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt, im besonderen der Sozialdemokratie. Ein *fascistischer* Einschlag ist in ihrem Programm unverkennbar. Es richtet sich gegen den „atheistischen Marxismus“ und die „Parlamentsdemokratie“ und verlangt die Aufhebung oder doch Aenderung der Weimarer Verfassung. Endlich mag aus dem alten konservativen Inventar noch der Kampf für alte, gute Sitte und „christliche Weltanschauung“ gegen den „Kultur bolschewismus“ geholt worden sein.

Vergegenwärtigen wir uns, bevor wir die neue Lage beleuchten, um der Vollständigkeit dieses Ueberblickes willen noch rasch die Ereignisse, die zu der neuesten Wendung geführt haben: In der Reichstagsitzung, welche ihr vorausging, hatte die Regierung Brüning sich

mit 30 Stimmen Mehrheit behauptet. Einen üblen Ausklang fand sie in der schmachvollen Mißhandlung des Dr. Klotz, der die sexuellen Schweinereien im Lager der Erneuerer Deutschlands aufgedeckt hatte, durch einen Haufen derselben. Dann folgte der Sturz Gröners. Dann die Preußenwahlen. Die erste Sitzung des neuen Landtages brachte mit der Wahl eines Nationalsozialisten zum Präsidenten das Schauspiel einer völligen „Schlacht“ zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Inzwischen war Hindenburg auf sein Gut Neudeck in Ostpreußen in die Pfingstferien gegangen. Dort scheint ihn nicht gerade heiliger Geist, sondern der Geist des ostpreußischen Junkertums angeweht zu haben. Man wußte ihm weiszumachen, die von der Regierung Brüning geplante, auch von konservativen Kreisen gebilligte Aufteilung ökonomisch unhaltbaren Großgrundbesitzes zu Siedlungszwecken sei eine Art Bolschewismus und solle dazu der Katholisierung Ostpreußens dienen. Ob dazu dann noch, von anderer Seite her, die Erwägung gekommen ist, es lasse sich auf die Länge nicht mehr eine Regierung halten, die nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich habe, bleibe dahingestellt. Gar zu komplizierte und tiefgehende, vielleicht gar demokratische Gedankengänge wird man dem alten Marschall wohl nicht zutrauen dürfen. Es ging dann militärisch zu: zwei Unterredungen zwischen Hindenburg und Brüning entschieden. Man behauptet, daß dieser sich von dem Manne, zu dem er gestanden, wie etwa ein Minister des alten Regimes zu seinem angestammten Fürsten oder ein Hauptmann zu seinem verehrten General und für den er sich im Kampfe für seine Neuwahl zum Reichspräsidenten mit Ueberschwänglichkeit eingesetzt hatte, eine ziemlich barsche Behandlung habe müssen gefallen lassen.

Man muß sich überhaupt klar machen, daß Hindenburg nun eine Art Ersatz-Kaiser geworden ist. Wie der alte Kaiser — und fast noch selbstherrlicher — entläßt er einen Reichskanzler, der eine Mehrheit im Parlament hat, und setzt eine neue Regierung ein. Brüning hat nicht zuletzt diese neue Autorität geschaffen und erntete, was er gesät hat. Auf die entgegengesetzte Linie scheint es zu gehören, wenn Gröner gestürzt wurde, weil er „das Vertrauen der Wehrmacht nicht mehr besitze“ (wo fragte im frühern Preußen ein König nach diesem Vertrauen?), aber es bedeutet die gleiche Auflösung der verfassungsmäßigen Ordnungen in die Diktatur. Die Militärdiktatur ist nun in vielen Ländern das Ende der Demokratie.

Persönlich könnte ich mich durch die Rolle, die nun Hindenburg spielt, befriedigt fühlen. Denn schon bei der ersten Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten habe ich erklärt, das deutsche Volk werde diese noch *büßen* müssen. Ich betrachtete ihn stets als Bollwerk nicht der Demokratie, sondern ihres Gegenteils, als Platzhalter für die Reaktion und vielleicht gar des wiederkommenden Kaisertums. Seine Haltung aber schien meiner Befürchtung sehr Unrecht

zu geben. Nun bekomme ich darin doch noch Recht, bin aber darob keineswegs erbaut. Man bekäme oft lieber Unrecht! ¹⁾

Die erste Frage angesichts dieser neuen Lage ist natürlich: „Wird die durch die neue Regierung markierte Linie in ihrer besonderen Form sich *behaupten* können? Und mit welchen Mitteln wird sie es allfällig tun? Ende Juli sollen die Wahlen zum neuen Reichstag stattfinden. Wie werden sie ausfallen? Werden sie der Regierung Papen-Schleicher (eigentlich Schleicher!) die nötige Machtgrundlage bringen? Wenn nicht, wird sie zurücktreten, Koalitionen suchen oder einfach mit dem Säbel, d. h. gestützt auf die Reichswehr, regieren?

Wie gestalten sich nun die Fronten? Auf der Seite der Regierung Papen-Schleicher stehen also die Kreise des Großagrarertums und der Großindustrie, ferner die Deutschnationalen und vorläufig, wie es scheint, Nationalsozialisten, dazu selbstverständlich alles, was in den Bannkreis des Militärs gehört. Das ist eine starke Front. Aber eine starke Front steht ihr auch gegenüber: die Sozialdemokratie, die den letzten Mann und die letzte Frau aufbieten wird, das Zentrum, das durch die brüske (vielleicht auch in der Form brüske) Entlassung Brünings gereizt und überhaupt durch die neue Wendung stark in seiner Machtposition bedroht ist, dazu die Kommunisten und die Reste der bürgerlichen Demokratie außerhalb des Zentrums. Man sollte meinen, daß diese Front wohl im Stande sein werde, die andere im Zaum zu halten. Aber was dann?

Vor allem drängt sich die Frage auf: „Was wird mit dem *Nationalsozialismus* werden?“ Wird er sich an diesem Damm brechen, etwa so, daß ihm ein Stück Macht eingeräumt wird, gerade so viel, als Hitler und seine „Unterführer“ zur Not genüge, oder wird er den Damm überbranden, so daß wir ein ganz von Hitler regiertes Deutschland erleben werden? Ich kann nur wiederholen, was ich schon oft ausgesprochen: die Hitlerwelle mag wohl auch jenen Damm überspülen, aber sie wird sich nicht lange behaupten können. Die ihr entgegentretenden Kräfte sind trotz allem zu stark. Und sie selbst

¹⁾ Auf meine Bemerkung im Aprilheft hin, daß man von dem Manne, der 80 000 Russen in die masurenischen Sümpfe getrieben, wo sie elend umkamen, doch nicht wohl sagen dürfe, er sei „ein wirklicher Vertreter der Botschaft Jesu“, habe ich von sehr kompetenter Seite die Mitteilung bekommen, daß diese in die masurenischen Sümpfe gedrängten und dort jämmerlich ertrunkenen 80 000 Russen ins Reich der Erfindung gehörten. Das ist mir völlig neu; ich glaubte, es handle sich um eine ganz unbestrittene Tatsache. Als solche wird sie allgemein angenommen. Uebrigens wollte ich wegen dem Los dieser Russen nicht Hindenburg persönlich einen Vorwurf machen. Er hätte damit als Soldat nur seine Pflicht getan. Der Tod jener Russen in den „masurenischen Sümpfen“ wäre nicht als solcher beabsichtigt, sondern bloß Folge einer überlegenen Strategie Hindenburgs gewesen. Wenn aber meine Bemerkung in dieser Form auf einer falschen Voraussetzung beruhte, so bleibt sie grundsätzlich doch im Rechte: man darf einem Manne, zu dessen Beruf das Töten im Kolossalstil gehörte, nicht einen „wirklichen Vertreter der Botschaft Jesu“ nennen.

ist aus allzu verschiedenen Elementen zusammengesetzt. Noch in der letzten Reichstagsitzung hat einer ihrer wichtigsten Führer, Gregor Straßer, eine scharf antikapitalistische Rede gehalten, welche die Großindustriellen und Großagrarier wohl erschreckt haben mag. Es könnte diesen wohl an der Zeit scheinen, diese Dogge, die man gegen den „Marxismus“ gehetzt, wieder an die Kette zu legen. Wenn aber die riesigen Gelder, die von dieser Seite Hitler zufließen, ausbleiben, wie will er dann seinen Apparat bestreiten? Schon jetzt soll ein Defizit von Dutzenden von Millionen vorhanden sein.

Die Linie Schleicher-Papen dagegen hat den Vorteil, daß sie Aussicht hat, allerlei Bundesgenossen im Ausland zu finden. Die französischen Rechte, die englischen Dye-hards, alles, was Angst für irgendeinen Besitz hat, auch in den „demokratischen“ Ländern, nicht zuletzt in der Schweiz, wird auf ein solches halbfaschistisches Regime mit Freude blicken, in dem Gefühl: *Tua res agitur!* Auch das Zentrum könnte sich eines Tages leicht wieder mit ihm verbinden. Es hat also, wie es wenigstens scheint, alle Aussicht, sich viel länger zu behaupten, als ein reines Hitlerregiment. Darum ist es nicht eine sehr akute, sozusagen explosive Gefahr wie dieses, aber dafür eine chronische und stabile.

Setzen wir also den Fall, daß wir auf die Dauer mit dieser Machtlinie rechnen müssen, welches werden die *Folgen* sein? Daß es ein reaktionärer, zum mindesten halbfaschistischer Kurs sein wird, haben wir als wahrscheinlich angenommen. Was dann?

Was wird aus Sozialismus, Pazifismus, Demokratie?

Was den Sozialismus betrifft, so hat diese Wendung wenigstens ein Gutes: Er ist nun endlich wieder in der Opposition. Der ganze riesige Irrtum der „Tolerierung“, an dem die Sozialdemokratie beinahe zugrunde gegangen ist, muß nun auch den Blindesten im Stillen klar sein. Ebenso der Irrtum der sozialistischen Militärpolitik. Man hat nun doch wohl gesehen, wohin der Weg der Panzerkreuzer führt und auch, wie eine sozialistische und demokratische Macht immer die düpierte ist, wenn sie meint, eine Militärmacht sich durch Zugeständnisse günstig stimmen zu können. Und endlich: Die Notwendigkeit einer Einigung der streitenden proletarischen Parteien wird durch die kommende gemeinsame Not wirksamer gepredigt werden als durch alle andern Argumente.

Im übrigen wiederhole ich auch hier schon Gefagtes. Der Vorteil dieses Regimes (neben seiner Gefahr) ist, daß es die gegnerischen Positionen wohl nicht radikal zerstört, wie ein entschlossener Faschismus es wenigstens *versuchen* würde, sondern sie bloß *bedrängt*. Dann bekommen aber diese Kräfte *Zeit* — Zeit zur Besinnung, Erneuerung, Sammlung. Da aber nach meiner Ueberzeugung Sozialismus, Pazifismus, Demokratie dies bitter nötig haben, kann eine solche

Periode der Unterdrückung, des Kampfes, des Untendurchmüßens ihnen sehr zum Heil gereichen, statt zum Unheil. Sie ist vielleicht sogar, menschlich gesprochen, die einzige Chance ihres späteren Sieges. Sie müssen aus der Satttheit, Ueberheblichkeit und Ungeistigkeit einer scheinbar siegesficHERen Position aufgerüttelt werden, müssen sich reinigen, vertiefen, neue Formen und vor allem neuen Geist suchen. Sie müssen es, wenn sie leben wollen. Allerlei Unrat, der sich auf dem Boden des Sozialismus angefammelt und allerlei Unkraut, das darauf gewachsen, müssen im Feuer dieser Prüfungszeit verbrannt werden. Für das sozialistische Strebertum, das sich in der Konjunktur von allen Seiten herandrängte, wird kein Raum mehr sein; das sozialistische Philistertum, das in diesen „guten“ Zeiten gedieh, wird wieder einem heroischeren Stil weichen; und ein gewisses Bonzentum, das an alledem eine Hauptschuld hat, wird endlich dorthin kommen, wohin es längst gehört. Und ähnlich wird es mit Demokratie und Pazifismus gehen.

Es kann also in dieser Wendung viel Gutes liegen. Es kommt nur darauf an, daß wir diesen Sinn, der darin liegt, erkennen, uns auf *seine* Linie begeben, nicht versuchen, es mit Demagogie und schlauem Machtkalkül zu machen, und vor allem auch lernen, den Segen des *Leidens* für die Gerechtigkeit (des „Kreuzes“!) zu verstehen.

Auch sonst werden durch die neue Lage allerlei Fragen gestellt. *Süddeutschland* scheint entschlossen, eine neue Vorherrschaft des alten preußischen Systems nicht hinzunehmen. Bayern droht sogar mit Trennung. Jedenfalls taucht wieder die Mainlinie auf. Das ist noch nicht so schlimm. Eine Verschiebung des deutschen Schwerpunktes von Berlin weg könnte für das deutsche Volk von größtem Segen werden. Bedenklicher ist eine andere Linie: die *konfessionelle*. Die neue Regierung ist, trotz ihrem katholischen Kanzler, doch auch Frucht einer *protestantischen* Reaktion gegen die Vorherrschaft des Zentrums. Aber nun nimmt auch der Nationalsozialismus immer mehr eine antikatholische Gestalt an. Die Wahlen zeigen immer deutlicher, daß die Bewegung im Wesentlichen vom Protestantismus getragen ist. Aber was bedeutet das für den Protestantismus? Das Zentrum, wenn es fest bleibt, mag aus seinem Kampf gegen das Hakenkreuz neue Kraft gewinnen, aber was soll aus einem Protestantismus werden, der im Nationalismus aufgeht? Ist da etwa anderes zu erwarten als Gericht und Sturz?

Viel bedenklicher noch erscheinen die Folgen der Wendung in bezug auf das, was wir die *äußere Politik* nennen können, oder sagen wir es offen: in bezug auf den *europäischen* und den *Weltfrieden*. Denn die neue Regierung wird sich mit mehr oder weniger Zurückhaltung, aber mit sicherer Entschlossenheit die Wiederaufrichtung der alten deutschen Macht zuwenden. Sie wird vielleicht so weit gehen, den

Vertrag von Versailles einfach zu *künden*. Darüber hinaus wird sie mit den alten Machtzielen neue verbinden. Sie wird auf dem „Weg nach Bagdad“ Oesterreich dem neuen Reich angliedern und sich den Balkan, überhaupt den europäischen Südosten wirtschaftlich und politisch zu unterwerfen trachten. Weiter aber werden ihre Blicke nach *Rußland* gehen. Ein Bündnis mit Rußland bleibt als Eisen im Feuer der deutschen Diplomatie. Ein anderes Eisen aber wird das Angebot eines Bündnisses mit dem „Westen“ gegen Rußland sein. Als Preis dafür würde die Erlaubnis zur militärischen *Aufrüstung* verlangt. Und es scheint im „Westen“ Kreise zu geben, die bereit sind, diesen Preis zu zahlen, wobei das *Milizsystem* sich als Uebergang und Maskierung empföhle.¹⁾ Der bisher immer noch utopisch-phantaftisch erschienene Plan eines kapitalistisch-nationalistischen (vielleicht *kirchlich* sanktionierten!) Kreuzzuges gegen Sowjetrußland rückt wieder etwas mehr in den Bereich der Möglichkeit. Japan wäre als Helfer bereit. Ein auf diesem Weg wieder sehr mächtig gewordenes Deutschland würde sich dann zuletzt auf Frankreich. Die Aufrüstung betreibt man inzwischen auf anderen Wegen weiter. Die Wehrverbände werden nun erst recht begünstigt und ausgebaut, die Hitlerischen wiederhergestellt werden. Der sogenannte *Arbeitsdienst*, der zunächst der Hebung der Arbeitslosigkeit dienen soll, wird natürlich in der Richtung der militärischen Aufrüstung ausgestaltet. Wir stehen vor einer Lage, worin alle Gefahren von 1914 noch gewaltig gesteigert sind.

Was ist im Angesicht dieser Lage zu tun? Grundsätzlich ist es klar. Es müssen sich alle die Mächte zusammenschließen, welche in dieser Entwicklung eine gewaltige Gefahr sehen. Alle demokratischen, sozialistischen, pazifistischen Kräfte der ganzen Welt müssen sich zu gemeinsamem Kampfe gegen die gemeinsame Bedrohung zusammenfinden. Auch müssen diejenigen politischen Mächte, große und kleine, welche die Gefahr der Lage erkennen, sich zusammentun, um das Deutschland Schleichers wie Hitlers merken zu lassen, daß sie zwar zu jedem Schritt bereit seien, der dazu diene, Deutschland aus seiner jetzigen Not zu helfen, ihm freie Bewegung zu schaffen und ihm angetanes Unrecht gutzumachen, und daß es ihnen mit der Schaffung einer neuen Ordnung des Völkerlebens Ernst sei, daß sie aber der Machtspekulation, die zu einer neuen Katastrophe führen müßte, mit Unerbittlichkeit entgegenträten. Wenn dieser doppelte Zusammenschluß geschieht, und rasch geschieht, dann mag es vielleicht zu einer innerdeutschen Katastrophe kommen (sie erscheint oft fast unvermeidlich), aber diese würde weder Deutschland verschütten, noch

¹⁾ Daß Verhandlungen dieser Art schon lange hin und her gehen, ist eine bekannte Sache. Einer ihrer Träger ist z. B. der Freiherr von Rechberg, daneben der Jungdeutsche Orden.

über feine Grenzen stark hinausgreifen, und nachher wäre dann vieles möglich, was jetzt unmöglich scheint — auch in und für Deutschland.

Wird diese doppelte Abwehr sich finden? Es hängt viel davon ab.¹⁾

Das weltpolitische Ringen.

Es ist klar, daß die deutsche Lage auf die ganze Weltpolitik ausstrahlt, teils direkt, teils indirekt, teils aus der Nähe, teils aus der Ferne.

Setzen wir dabei ein.

a) *Die französische Wendung.* Irgend ein freundliches oder auch unfreundliches Spiel (ziehen wir vor: ein freundliches) hat es bewirkt, daß fast gleichzeitig mit diesem Umschwung zum Schlimmeren (wenigstens auf den ersten Blick Schlimmeren) in Deutschland sich in Frankreich einer zum Besseren (und zwar wohl nicht bloß auf den ersten Blick Besseren) vollzog. Wir haben davon das letzte Mal geredet. Inzwischen hat sich nun das Ministerium Herriot gebildet, das zweite „radikale“ Kabinett nach dem Kartellkabinett, das aus den Wahlen von 1924 hervorgegangen war. Die Koalition mit den Sozialisten ist diesmal nicht zustande gekommen, wahrscheinlich weil vom Schicksal jener Kartellregierung zu sagen ist: Vestigia terrent (die Spuren schrecken), aber vorläufig genießt Herriot die Unterstützung Léon Blums. Es ist eine Folge der deutschen Vorgänge, daß die neue Regierung in den zwei entscheidenden Fragen der Weltpolitik: Abrüstung und Reparationen, im Entgegenkommen nur wenig über die Haltung des Ministeriums Tardieu hinausgehen und, um die nationale Einheit in diesen schwierigen Zeiten nicht zu gefährden, auch in der innern Politik nichts Großes wagen darf. Die Wahl Lebruns zum Präsidenten hatte den gleichen Sinn. Es ist aber gleichwohl ein Glück, daß wir es jetzt mit einem Frankreich Herriots zu tun haben. Ein solches wird weder auf die Pläne der mehr oder weniger faschistischen Weltreaktion eingehen, noch anderseits den deutschen Nationalismus durch unnötige Schroffheit reizen und die ganze Weltlage verschlechtern. Auch ist ein gewisser Zusammenschluß „Herriots“, „Macdonalds“ und „Stimfons“ (die drei Namen sind als Symbole von *Richtungen* und *Ländern* gemeint) auf Grund dieser Lage viel leichter.

b) *Der nahe Osten und Südosten.* Der deutsche Nationalismus brandet vorläufig weniger gegen Frankreich als gegen *Polen* an. Ganz Deutschland ist durch eine Hetzpropaganda erregt, die behauptet: „Die Polen stehen überfallsbereit an der Grenze, um Danzig und ganz Ostpreußen wegzunehmen.“ In Polen lautet das Echo:

¹⁾ Das Mißtrauen des Auslandes gegen die Regierung von *Papen* wird sehr durch den Umstand verstärkt, daß von Papen als Militärattaché der deutschen Gesandtschaft in Washington in Amerika sich einen sehr schlechten Ruf gemacht hat.

„Die Deutschen stehen überfallsbereit an der Grenze, um uns den Korridor und vielleicht noch mehr wieder wegzunehmen.“ Im Ausschuß des deutschen Reichstages für das Auswärtige hat man scharfe Erklärungen an Polen und Litauen (wegen Memel) beschlossen. Ueber Memel wird auch viel gelogen; ich weiß es aus zuverlässiger deutscher Quelle.

Daß dieser ganze Zustand schwere Gefahren einschließt, liegt auf der Hand. Es ist an dieser Stelle ungeheuer viel Explosionsstoff angehäuft. Auch wenn gegenwärtig keine *Regierung* Krieg will, so kann er in der Gluthitze der nationalistischen Leidenschaft eines Tages sich von selbst entzünden. Unser Trost ist, daß auch an jener Stelle Menschen sind, die einen andern Geist vertreten und von denen die Verheißung gilt, die Jakobusbrief 5, 16 steht.

Andersartig, aber nicht weniger groß sind die Gefahren im *Südosten*. Hier droht mit dem allgemeinen ökonomischen Ruin (eine Folge des Sinkens des Preises der landwirtschaftlichen Produkte und ihres Absatzes, aber auch der unerhörten militärischen Rüstungen, der Diktatur und Korruption) auch der Staatsbankrott. Bulgaren stellt keine Reparationszahlungen an Griechenland ein und verlangt überhaupt ein Moratorium. In Griechenland soll ein Ministerium Papanastasiu den demokratischen und sozialistischen Tendenzen Ausdruck geben, wird aber bald (wohl nach einem zum voraus festgelegten Plan: es sollte bloß ein Ventil sein) durch Venizelos wieder gestürzt. In Rumänien muß ebenfalls aus ökonomischen Gründen das Kabinett Jorga gehen. Oesterreich soll vom Völkerbund einen Kredit erhalten. Der Plan der „Donauföderation“ ist vorläufig — die Donau hinuntergeschwommen, nach dem Schwarzen Meer. Um den Südosten ringen der deutsche, italienische, französische und russische Einfluß und erfüllen die Atmosphäre mit Gefahr. Rußland erhofft von der ökonomischen Lage einen Vorstoß des Kommunismus, der auf dem Balkan, besonders in Bulgarien, starke Ansatzpunkte hat.¹⁾

Gottlob gibt es auch an dieser Stelle der Welt Wächter Gottes, die den Dämonen entgegenstehen.

c) *Der Südosten* — in Europa und darüber hinaus. In schweren sozialen Zukunften liegen auch *Spanien* und das spanische Südamerika. Ein Symptom dafür ist die Revolution in *Chile*, die zur Einsetzung eines „sozialistischen“ Regimes führte. Der ökonomische Anlaß dafür ist der katastrophale Niedergang der Salpeterindustrie infolge der Möglichkeit, den Stickstoff direkt aus der Luft zu gewinnen. Wieder eine Frucht der Rationalisierung! Ob das neue Regime sich lange halten könne, ist natürlich ebenso fraglich wie dieser „Sozialismus“.

Peru und *Mexiko* haben, ebenfalls aus Gründen, die mit der ökonomischen Lage zusammenhängen, die diplomatischen Beziehungen abgebrochen.

Ueber ganz Südamerika liegt eine furchtbare ökonomische Depression.

Spanien wird immer wieder von revolutionären Versuchen des agrarischen und industriellen Anarchosyndikalismus erschüttert. Im Kampfe mit ihm scheint die neue Regierung sehr viel von den neuen „Freiheiten“ und großen Idealen preiszugeben. Immerhin, hier ist doch neues und besseres Leben.

d) *Im äußersten Osten*. *Schanghai* ist nun endgültig von den Japanern geräumt. Aber aus der *Mandschurei* kommen immer dringlichere Alarmrufe. Die Japaner, heißt es, seien so nahe an die Gren-

¹⁾ Er zählt in Bulgarien 30 000 organisierte Anhänger (davon 6000 in den Städten und 24 000 in den Dörfern) und 30 Abgeordnete im Parlament.

zen von Sowjetrußland vorgerückt, daß ein Zusammenstoß mit diesem fast unvermeidlich sei. Was das bedeutete, weiß man. Es ist zu fürchten, daß es dann auch in Europa losginge, daß Rumänien und Polen in Bewegung gerieten. Zwar haben diese Ursache, sich still zu halten, aber die Welt wird bekanntlich (von den Menschen) mit wenig Weisheit regiert.

Die russische Regierung rüstet sich zwar auf jeden Fall, tut aber das Unmögliche, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, der den Fünfjahrplan und vieles andere dazu zerstören könnte. Wenn es am 1. Mai in Moskau 100 000 Mann mit allem kriegerischen Zubehör paradieren und über der Stadt 300 Flugzeuge kreisen ließ, so sollte das als Drohung wirken, aber es wird dadurch freilich nicht zu einem *sozialistischen* Schauspiel. Man behauptet auch, daß Stalin den Bauern für den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte allerlei Freiheit eingeräumt habe, um für den Fall des Krieges im Lande eine bessere Stimmung zu haben.

In *Japan* scheint das Ringen einer Richtung, die mehr das Zivilvolk vertritt und sich in der Partei der Minfuto („Liberalen“) konzentriert, mit der Militärkaste, die von den Seyukai („Konfervativen“) gestützt wird, weiter zu gehen. Das Ministerium Saito scheint einen Kompromiß zu bedeuten. Die Ermordung des Ministerpräsidenten Inukai durch eine faschistische Offiziersgruppe hat ein scharfes Licht auf diese typischen Vorgänge geworfen. Ein Teil der Arbeiterschaft ist ähnlich umgefallen, wie gewisse sozialistische Parteien Anno 1914. Dagegen halten sich pazifistische Gruppen vortrefflich. Man kennt Kagawas Stellung. Neuerdings ist *Professor Jashino* von der Universität Tokio wegen „Antimilitarismus“ abgesetzt worden. In *dieser* Sache gibt es heute eigentlich fast allein Gelegenheit zu *echtem* Märtyrertum.

e) *Die Lausanner Konferenz*. Im Angesicht dieser Lage der Welt soll am 16. Juni die Lausanner Konferenz zusammenkommen, um die Reparationsfrage zu erledigen und den ganzen Komplex der politischen und wirtschaftlichen Fragen, die damit zusammenhängen, zu behandeln. Ob sie das erreichen wird? Die deutschen Zustände scheinen dafür sehr wenig günstig. Schon Brüning hatte durch ein zu forsches Vorgehen vieles verdorben. Wird nun Frankreich geneigt sein, einem Deutschland, das von Haß und Feindschaft gegen es glüht, die Reparationen preiszugeben und damit ein Regime des Nationalismus und Imperialismus zu stärken? Oder wird man Papen-Schleicher stärken, um dafür Hitler zu vermeiden? Die elende amerikanische Wahlpolitik (die offenbar drei Fünftel der amerikanischen Politik überhaupt ausmacht) hat es dazu für nötig gehalten, gerade jetzt jede Möglichkeit einer Streichung der europäischen Kriegsschulden zu verneinen. Werden Frankreich, Belgien und England geneigt sein, durch viele Jahrzehnte „Tribute“ an Amerika zu

zahlen, während Deutschland von diesen, wie von andern Staatsschulden, völlig frei wäre? — Stark verdorben ist das Vertrauen zu Deutschland auch durch die Veröffentlichung des Briefwechsels *Stressemanns*, wo in einem Schreiben an den Kronprinzen u. a. zu lesen steht, man müsse vorläufig gegenüber Frankreich „finassieren“, um dann später die Maske abzuwerfen. (Ich habe, zum Aergernis von Lesern, Stressemanns Politik nie anders beurteilt.) Und endlich ist der bevorstehende, durch die Reichskonferenz in Ottawa (Kanada) zu besiegelnde ökonomische Zusammenschluß des englischen Weltreichs, das einen weitem Abschluß gegen Europa bedeutete, kein gutes Zeichen für Lausanne. Ein „europäischer Kulturbund“, wie er kürzlich in Zürich getagt hat, ist solchen Bergen von Schwierigkeiten gegenüber schon nötig.

Es gibt freilich eine ganz andere Kraft, die Berge versetzen kann! Und für Lausanne gibt es auch *gute* Zeichen. Der „Temps“ hat vor einiger Zeit sogar unter dem Regime Tardieu (wenn ich nicht irre) die Wünschbarkeit einer Erledigung des Reparationsproblems ausgesprochen. Die neue Annäherung zwischen England und Frankreich wird die Sachlage erleichtern. Voraussetzung für die Erledigung des Reparationsproblems, wie für eine ernsthafte Abrüstung, dürften *allgemeine politische Abmachungen* sein. Frankreich wird besonders von Deutschland einige politische „Sicherungen“ erhalten müssen, um ihm seinerseits größere Zugeständnisse zu machen. Die neue deutsche Regierung, die nicht national, „verdächtig“ ist, eignet sich vielleicht für solche Verhandlungen besser als die Brüning'sche. Die Dinge haben im Guten wie im Bösen meistens einen andern Sinn als wir meinen, und Gott sitzt im Regimente. Eine wirkliche „*Friedenskonferenz*“ ist die Voraussetzung aller Lösungen und Bindungen, die zu einem neuen Europa führen können.

Die nationalen Freiheitskämpfe.

Es ist eine wahre Erquickung, daß in unserer Zeit trotz allem auch noch um echte Freiheit gekämpft wird. Freilich gibt es in solchen Kämpfen immer ein Auf und Ab. In *Indien* scheint die Politik der starken Hand weiter zu gehen. Neuerdings liest man, daß 1000 politische Gefangene, unter ihnen Gandhi, auf eine Insel transportiert werden sollen. Stark gehindert wird bekanntlich die Freiheitsbewegung durch den Zwist zwischen Hindus und Mohammedanern, den wohl nicht *immer* die Engländer schüren. So sind in Bombay Kämpfe zwischen jenen beiden Gruppen geschehen, die, weit über die offiziellen Angaben hinaus, Hunderte von Toten und Tausende von Verletzten gekostet haben sollen. Der *Irak* (Mesopotamien) soll nun endgültig in den Völkerbund aufgenommen werden. Syrien werde folgen. *Katalonien* scheint nun seine Autonomie endgültig errungen zu haben. Jede Eindämmung des Zentralismus ist ein Gewinn für Freiheit und Frieden. Ob aber der *belgische Sprachenkampf* sich lohnt? Wünschenswert ist jedenfalls die Aufhebung alles Zwanges, der auf dem Gebrauch der Sprache liegt, und das Aufhören jeden Versuchs, aus der Sprache ein Werkzeug nationalistischer Politik zu machen. Daß *de Valera* aber mit seiner forcierten, von bloßem Ressentiment eingegebenen Politik der Brückierung Englands Fiasko zu machen scheint

(der Senat hat die Abschaffung des Treueides für England abgelehnt), ist gut. Man kann auch das Prinzip der Unabhängigkeit zu Tode reiten.

Der Faschismus.

Das Auftreten des *Faschismus* in Japan zeigt, daß gewisse politische Tendenzen (nicht immer ganz und gar unberechtigte) in der ganzen Welt die Neigung haben, in diese Form einzumünden. In Italien hat Mussolini ihn neuerdings dadurch illustriert, daß er vor zehntausend Studenten, die sich auf der Piazza Venezia in Rom versammelt hatten, mit einem Buche in der einen und einer Flinte in der andern Hand erschien und ihnen zurief:

„Libro — moschetto,
Fascista perfetto.“
(„Buch und Schießgewehr,
Des Faschisten höchste Ehr.“)

Dieses gemeine Wort beweist ebenso deutlich, was von den Abrüstungsreden Grandis zu halten ist, wie die Beifallsrauferei der Studenten als Echo darauf beweist, was heute das Akademikertum noch wert ist. Wenn auf einen solchen Mann einmal ein *gelungenes* Attentat verübt würde (es wurde letzthin wieder eines versucht), so müßte man darin eine Nemesis erblicken.

Der *Nationalsozialismus* hat in Oldenburg und Mecklenburg-Strelitz die Mehrheit erhalten. In Oesterreich dringt er stetig weiter vor. Eine Reichstagsrede Gregor Strassers, die Eindruck machte (sie war sehr antikapitalistisch), wurde durch die gemeine Rohheit jener Reichstags- und Landtagsfzenen wieder aufgehoben.¹⁾

In Zürich vertrat letzthin *Othmar Spann*, durch die „*Neue Front*“ gerufen, seinen Faschismus.²⁾ Manches an seiner Kritik des Individualismus war gut und tief, wenn auch nicht so neu, wie er wohl glaubte, und doch versteht er von dem tieferen Sinn sowohl des Individualismus als der Demokratie und des Sozialismus nichts und bleibt darum mit seinem Kampf auf der Oberfläche. Es war auch schade, daß er nicht den Mut hatte, sich zum Katholizismus und zum Faschismus offen zu bekennen. Während nach seinem Vortrag vor den Studenten keine Gelegenheit zur Diskussion war und es am enthusiastischen Beifall eines Teiles der Zuhörer nicht fehlte, fand Spann in der Philosophischen Gesellschaft scharfen Widerspruch und offenbar wenig Zustimmung. Jedenfalls war er eine Enttäuschung für Urteilsfähige.

Vom wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Auf den Zusammenhang zwischen den nationalistischen Bewegungen mit der ökonomischen Krise ist man zwar wohl im Einzelnen (z. B. in bezug auf den deutschen und österreichischen Nationalsozialismus oder auch Japans Verhalten) aufmerksam geworden, aber weniger in bezug auf den soziologischen Charakter und Sinn dieses Zusammenhangs im allgemeinen. Und doch wäre es, besonders für den „marxistischen“ Sozialismus, wichtig, ihn zu bedenken.

Ueber den Zusammenbruch selbst seien einige Daten angeführt. Die *Arbeitslosigkeit* wächst trotz der „Saigon“ im allgemeinen. Man zählt gegenwärtig offiziell 25 Millionen gänzlich Arbeitslose, also etwa 100 Millionen direkt von

¹⁾ Diese Rohheit ist in wüsten antisemitischen (und „antimarxistischen“) Ausschreitungen an den drei *Wiener Hochschulen* neuerdings zum Ausdruck gekommen.

²⁾ Man zählte Othmar Spann früher zu den Vertretern der „sozialromantischen“ Schule; aber nun ist er offenbar zum Faschismus übergegangen.

dieser Not Ergriffene. Doch sind die offiziellen Angaben viel zu niedrig. Es sind von allen auf Erwerb Angewiesenen arbeitslos: in Belgien 38 Prozent, in Australien 32 Prozent, in Deutschland 30 Prozent, in Oesterreich 28 Prozent, in Schweden 27 Prozent und so fort. In der Schweiz zählte man Ende April 40 423 ganz und 60 659 teilweise Arbeitslose. Bezeichnend ist, daß die Arbeitslosigkeit in England trotz der Aufhebung der Goldwährung nicht weiter gesunken, sondern sogar gestiegen ist, was zum mindesten beweist, daß Währungsreformen kein wirtschaftliches Allheilmittel bedeuten. In den Vereinigten Staaten schätzt man die Zahl der unterernährten Kinder auf 13 Millionen! In lehrreichem Gegensatz dazu steht die Mitteilung (deren Richtigkeit sich freilich meiner Kontrolle entzieht), daß man dort ein Schaf für 10 Cents (= 50 Rappen) haben könne! 12 000 notleidende Kriegsveteranen sind nach Washington geströmt, um dort leidenschaftlich Hilfe zu verlangen. Der Senat soll eine Summe von zwei Milliarden Dollar (= 10 Milliarden Schweizerfranken) für Unterstützung der Arbeitslosen bewilligen, wogegen Hoover im Namen der Staatsfinanzen opponiert. (Dazwischen wird der Newyorker Oberbürgermeister Walker schwerer *Korruption* beschuldigt.) Auch in Australien, wie in Neuseeland, ist die Wirtschaftslage infolge des Preissturzes verzweifelt. Daher der Sturz der Arbeiterregierung in Neu-Süd Wales, wo sie von 84 Mandaten bloß noch 20 erhält, während sie in Queensland freilich von 54 30 behauptet. Von den Zuckungen im Südosten Europas (wozu auch der nahe Osten käme: Polen, die Randstaaten), in Spanien und Südamerika ist schon anderwärts berichtet. Auch die Steuern geben ein Bild der Lage. Sie betragen auf den Kopf der Bevölkerung z. B. in England 78 Dollars, in Frankreich 48 Dollars, in Deutschland 35 Dollars, in den Vereinigten Staaten 24 Dollars. Auch in Frankreich greift die Krise um sich, ebenso in Dänemark, Holland. In der Schweiz geht der Export (und Import) katastrophal zurück. Die große alte Maschinenfabrik Escher, Wyß & Co. in Zürich ist mit 16 390 766 Franken Verlust zusammengebrochen, allerdings auch, wie es scheint, infolge von Mißwirtschaft. Ein Expofé des schweizerischen Handels- und Industrievereins und der Arbeitgeberorganisationen fordert zur Steigerung des Exportes Lohn- und Preisreduktion, wogegen sich die Organisationen der Arbeitnehmer wenden. Zur Stützung der Banken (die an Kreuger allein 200 Millionen verloren haben sollen) will man eine Darlehenskasse („Stützungsbank“) mit 200 Millionen Kapital gründen. — Im Ruhrbergbau wurden durch Spruch eines Schiedsgerichtes die Tarifverträge verlängert. Aber die Lohnsenkung geht vorwärts und die Preisenkung folgt nicht genügend nach.

In rheinischen deutschen Städten ziehen Scharen von Männern und Frauen durch die Straßen, schlagen Schaufenster ein und schreien: „Wir haben Hunger!“ Und dabei dieser Ueberfluß an Lebensmitteln! Da sind schon *Weltwirtschaftskonferenzen* nötig, wie letzthin eine in Berlin von privater Seite veranstaltet war und eine nun, von England und Amerika her angeregt, auf die Lausanner Konferenz folgen soll, aber es ist wohl mehr nötig. Es bricht die Welt des Egoismus zusammen, damit die Welt der Liebe komme.

Vom Sozialismus.

Wird der Sozialismus sich aufraffen?

Das war die Frage, die man besonders an die in Zürich tagende *Abrüstungskonferenz der Zweiten Internationale* und der mit ihr verbundenen *Gewerkschaftsinternationale* stellen mußte. Wer ihr beiwohnte (wie der Schreibende), wird schwerlich mit einem zuversichtlichen Ja antworten können. Es wurde natürlich allerlei Gutes und Richtiges gesagt, aber es waren die alten Worte, die schon so oft gesprochenen Worte. Halt gemacht aber wurde genau an der Stelle,

wo es nun weitergehen müßte, da, wo *Taten*, unmittelbare Taten, einsetzen müßten. Sollten solche heute nicht möglich sein, so müßte man es wenigstens ehrlich eingestehen und den Sachverhalt nicht durch „begeisternde“ Reden zudecken.

Die Opposition wurde in diesem Sinne von einer sehr kleinen Minderheit vertreten, von der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, einer polnischen Gruppe und dem welschen Sekretär unserer Partei, Nationalrat Graber. Fenner Brockways Rede war ein tapferes Bekenntnis, aber vielleicht zu wenig realistisch. Sehr gut und auch tapfer aber muß Graber (dessen Rede ich leider nicht mehr hören konnte) die Hand auf jenes Uebel gelegt haben.

Schlimmer aber noch als dieses offenkundige neue Verlagen war einiges von dem „Positiven“, das die Tagung brachte, vor allem das Auftreten von *Rudolf Breitscheid*. Seine rhetorisch wirkfame Rede war nichts anderes als ein Plädoyer für die Haltung der deutschen Partei und den deutschnationalistischen Standpunkt. Aber schlimmer als die Rede selbst war der gewaltige Beifall, den sie wie Breitscheid persönlich fand und der in starkem Gegensatz zu dem kühlen Schweigen stand, das Fenner Brockway umgab.¹⁾

Wird der *deutsche* Sozialismus, speziell die Sozialdemokratie, sich aufrichten? Gewiß nur dann, wenn sie den Nationalismus und Militarismus, die sie sich seit dem August 1914 hat anwachsen lassen, wieder abzutun vermag. Sonst wird sie endgültig eine linksbürgerliche Partei. Was soll man dazu sagen, wenn ein Mann wie Sollmann (dessen persönlicher Wert durchaus unangetastet bleiben soll) im Reichstag gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie sei eine Partei der Dienstverweigerer, leidenschaftlich mit einem: „Das ist eine Lüge“ reagiert? Oder wenn Heilmann im Preussischen Landtag seine Partei gegen die Nationalsozialisten als „ehrlich nationale Opposition“ rühmt, also offenbar jene in Nationalgefühl übertrumpfen will? Wird man auf diese Weise den Nationalismus besiegen? Besiegt man den Alkoholismus durch überlegene Trinkkraft? Der Mißerfolg der Anklage auf Hochverrat gegen die Hitlerleute zeigt, daß das kein Weg für den Sozialismus ist. Er muß das nationale Problem *anders* anfassen, sonst ist sein Untergang besiegelt. Der Sozialismus wird antimilitaristisch und übernational (damit aber auch *richtig* national!) sein oder er wird *nicht* sein.

Wer wie ich seinerzeit den *Basler* außerordentlichen Friedenskon-

¹⁾ Interessant war auch ein Neben- und Nachspiel. Dr. Kramer von der St. Galler „Volksstimme“ hatte in einem Artikel, der vor der Konferenz erschien, seine Skepsis gegenüber diesen Internationalen ausgesprochen. Dagegen polemisierte Breitscheid mit Vehemenz. Die schweizerische Delegation war schwach genug, eine Erklärung abzugeben, daß Kramers Standpunkt nicht der der Partei sei, während es doch Tatsache ist, daß von den *denkenden* schweizerischen Sozialisten zwei Drittel auf seiner Seite sind. Dr. Kramer hat übrigens in der „Volksstimme“ ausgezeichnet geantwortet.

greß im Jahre 1912 mitgemacht hat, konnte nicht umhin, Geist und Menschen von damals mit jenen von heute zu vergleichen. Welch ein Absturz! Und doch hat ja sogar jener gewaltige Kongreß versagt.¹⁾

Wird der Sozialismus sich aufrichten? Antworten wir getrost: Dennoch! Aber auf neuem Boden!

Die Abrüstung.

Die Abrüstungskonferenz ist festgelaufen — sollen wir sagen: im Sand des Fachmännergeschwätzes oder besser: im Sumpf der *Lüge*, daß man eine Abrüstungskonferenz von Leuten abhält, deren innigster Wunsch die Aufrüstung ist, der Lüge einer Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungswaffen oder der Abschaffung des Luftkrieges, der doch mit tödlicher Sicherheit kommt, wenn es wieder Krieg gibt — was natürlich alle wissen! Wird sie aus diesem Lügen-sumpf wieder herauskommen? Jedenfalls nicht durch den Macdonald zugeschriebenen Vorschlag von zehn- bis fünfzehnjährigen Rüstungsferien, die doch niemand einhält, von vornherein niemand einzuhalten gedächte. Das wäre nur ein neuer Guß Wasser in den Lügensumpf. Und nicht weniger der andere Vorschlag Macdonalds, die Großmächte ein Friedensversprechen unterzeichnen zu lassen.

Es kündigt sich infolge dieses innern Scheiterns der Konferenz der Diplomaten, Generalstäbler und Kriegslieferanten die Wendung an, die hier immer als das Notwendige bezeichnet worden ist: *die Selbstabrüstung der Völker, die einfach nicht mehr mitmachen.* Ponsomby, der vor Jahren die bekannte Verweigerungsaktion eingeleitet hat,²⁾ und Einstein sind mit Runham Brown, dem Sekretär der Internationale der Kriegsdienstgegner, nach Genf gegangen, um diese Parole auszugeben. Auf dieser Linie muß es weitergehen, nichts anderes hilft mehr.³⁾

¹⁾ Sollte der Rücktritt eines Mannes wie Dr. Breitner, dem das sozialistische Wien so viel von dem verdankt, was es Großes geschaffen, auch ein Symptom sein?

²⁾ Ich erinnere an sein Buch: *Now is the Time.* (Jetzt ist die Zeit!)

³⁾ Ponsomby und Einstein haben folgende Erklärung erlassen:

„Da es offenkundig geworden ist, daß die Genfer Diskussionen, so wie sie nun vor sich gehen, schwerlich zu einem Abrüstungsprogramm führen werden, das noch imstande wäre, die Welt vor dem Unheil eines neuen Krieges zu retten, glauben wir, daß die Zeit für die Völker der Erde gekommen sei, die Sache in ihre eigene Hand zu nehmen, indem sie auf vollständige Entwaffnung im Laufe von fünf Jahren und auf sofortigen Verzicht auf Kriegsmethoden unter allen Umständen dringen. Darin ist begriffen:

1. Die Aufhebung des obligatorischen Wehrdienstes.

2. Die sofortige Einstellung von Rekrutierung und Anwerbung.

3. Die sofortige Einstellung der Herstellung von Munition und Waffen.

Die Völker der Erde müssen bereit sein, diese Ziele durch individuelle und kollek-

Dagegen ist mir zweifelhaft, ob der Abrüstungskongreß, den Barbusse, Gorki, Einstein, Heinrich Mann, Romain Rolland, Frau Sun Yat Sen u. a. einberufen, der Sache Nutzen bringen wird. Wer sich für die Gewalt im sozialen Bürgerkrieg ausspricht und auch den Völkerkrieg nicht *unbedingt* ablehnt, wird schwerlich mit Vollmacht die Abrüstung fordern können. Und Rußland ist nicht jedes Antimilitaristen „ideales Vaterland“. Natürlich wäre es eine Schande für die Schweiz, wenn die Abhaltung dieser Konferenz in Genf verboten würde, wie die Reaktionäre verlangen. Aber eine Förderung unserer Sache kann ich von ihm nicht erwarten.

Inzwischen sind die *Frauen* der Liga von Henderson, dem sie die Resolution von Grenoble überreichten, neuerdings freundlich empfangen worden. Möchten die Frauen, Gandhis in Lausanne gegebenen Rat befolgend, immer mehr erkennen, wie stark sie sind.

Die Friedensbewegung.

Die *Frauenliga für Frieden und Freiheit* hat im Mai in Grenoble getagt. Sie hat vor allem (an Hand eines Referates von Lehmann-Rußbüldt) die Waffen- und Munitionslieferungen und das Problem der Völkerbundsarmee besprochen. Diese lehnt sie ab. Ob nicht etwas zu doktrinär? Ist, nach geschehener Totalabrüstung, eine Völkerbunds-Polizei nicht denkbar, ja nötig? Darüber in der „Rundschau“ mehr!

Im Großen Rat des Kantons *Aargau* wurde von unserem Freund Lehrer Suter in Baden Abgabe von Literatur, die der Erziehung zum Frieden diene, an die Schulen beantragt, aber abgelehnt, offenbar auch durch die Stimmen der Katholiken. Die Vertreter der „Evangelischen Volkspartei“ stimmten dafür, während ihr Vertreter in der Bundesversammlung, Nationalrat Hoppeler, gegen den gleichen Antrag mit dem Schlagwort von der „moralischen Aufrüstung“ opponierte, wobei er offenbar die „moralische“ Aufrüstung mit der „physischen“ für wohl verträglich hält. Im Nationalrat wurde der Antrag übrigens angenommen, was immerhin ein Zeichen ist, wie der Wetterhahn steht.¹⁾

Die *Dienstverweigerung* nimmt offenkundig immerfort zu. Von neuen *schweizerischen* Fällen soll im nächsten Heft berichtet werden. In *Holland* sitzen gegenwärtig 24 Verweigerer im Gefängnis. Die Bewegung scheint besonders auch in *Belgien* zu wachsen. Zu dem von uns berichteten Fall Lejeune kommen hinzu: *Berten Fermont, Maurice van der Broeck, Willem de Rouwer, M. Thielemans, Hermann van Volsem*. Sie haben zum Teil ein bis zwei Jahre Gefängnis erhalten.

tive Verweigerung des Transportes von Kriegsmaterial wie durch Verweigerung des Militärdienstes zu verwirklichen.“

Ponsomby ist nun an Stelle des zurückgetretenen Fenner Brockway Vorsitzender der Internationale der Kriegsdienstgegner.

¹⁾ Die eigentliche Volksstimmung wird auch durch das fieberhafte Bemühen der militärischen Kreise, ihre Sache wieder in Schwung zu bringen, bezeichnet. Wer erfahren will, wie man das Begräbnis eines höheren Militärs feiert, als ob ein Held vieler Schlachten und Retter des Vaterlandes geschieden wäre — mit großem Militäraufgebot, Kreisen von Flugzeugen in der Luft und ähnlichem kriegereischem Pomp (trotzdem von diesem Militär, so tüchtig er gewesen sein mag, keine Taten jener Art bekannt sind), der lese den Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ (24. Mai) über die Beerdigung des Oberkorpskommandanten *Schibli*. In alledem liegt System.

Befonderes Aufsehen erregt hat in *Frankreich* der Fall des Lehrers *Camille Rombaud*, der am 26. Mai vor dem Militärgericht in Lille stand. Seine Begründung war: „Meine Religion verbietet mir, zu töten und darum auch an der Vorbereitung auf den Krieg teilzunehmen.“ Eine illustre Schar von Zeugen trat für ihn ein: die protestantischen Pfarrer Nick, Trocmé, Rofer, neben dem Abbé Remilieux, der bekannte Pazifist Georges Pirah und der Professor der Philosophie in Paris, Félicien Challaye.¹⁾ Dazu *Marc Saugnier*. Dieser erklärte wörtlich: „Wenn die Welt einmal fest auf dem Boden des Friedens organisiert sein und allgemeine und gleichzeitige Abrüstung der Völker möglich sein wird, dann werden offenbar wir alle die Haltung Rombauds einnehmen müssen. Das Unrecht der Dienstverweigerer, die eine Art tapferer Vorhut des Friedens bilden, ist manchmal von heroischer Art: es besteht vielleicht vor allem darin, daß sie ihrer Zeit voraus sind und zu früh Recht haben.“²⁾

Im badischen Dorfe Endingen ist nach achtzehnjähriger Abwesenheit der totgeglaubte *Oskar Daubmann*, dessen Name längst auf dem Kriegerdenkmal des Dorfes stand, heimgekehrt. Möchten so viele wiederkommen und erzählen!

Schweizerisches.

Die Schweiz hat gegen Frankreich den sogenannten *Zonenprozeß* gewonnen, d. h. den Prozeß um die zollpolitischen Freizonen gegen Savoyen hin. Mich hat dieser Handel stets ziemlich kühl gelassen. Es ist vielen Rufern in diesem Streit mehr um die Schürung des Hasses gegen Frankreich, als um die Ehre und das Interesse der Schweiz und Genfs zu tun gewesen. Aber *grundsätzlich* hat die Sache große Bedeutung: sie zeigt, daß es „noch Richter im Haag gibt“ und daß ein kleines Volk mit seinem Recht nicht verloren ist, auch wenn es nicht mit dem Säbel rasseln kann.

Im Nationalrat kam die Frage des *Waffen- und Munitionshandels* zur Sprache. Eine sozialdemokratische Motion verlangte die Ratifikation der betreffenden Konvention des Völkerbundes durch die Schweiz. Die Art, wie Motta diese Selbstverständlichkeit mit Berufung auf das, was die andern nicht täten, ablehnte und auf die lange Bank kommender Regelungen durch den Völkerbund verwies, zeigte wieder das ganze System. Daß die Abgabe von Literatur gegen den Krieg bewilligt wurde, ist schon erwähnt worden. Wenn der sozialdemokratische Berichterstatter über die Tätigkeit der schweizerischen Delegation in der Abrüstungskonferenz — sonst ein Herr mit sehr vollen Backen — erklärte, diese habe die Aufgabe der Schweiz richtig vertreten, so gibt das schon Anlaß zu psychologischem Nachdenken. Im Ständerat hat der Haß gegen den Völkerbund, der weit hin unser schweizerisches Politikertum erfüllt (und zwar ein *prinzipieller* Haß), zu dem Versuch geführt, einen Beitrag von 900 000

¹⁾ Die Verteidigung hatte der bekannte Vertreter des religiösen Sozialismus *André Philipp*, Professor der Nationalökonomie in Lyon, übernommen.

²⁾ Marc Saugnier will sich von nun an einseitig den pazifistischen Bestrebungen widmen und dafür den Rahmen der Vereinigung: La Jeune République durchbrechen. Diese selbst aber beharrt auf der bisherigen Aufgabe, so daß es zu einer äußeren Trennung von Saugnier gekommen ist.

Franken (den Rest der geplanten drei Millionen) an die Kosten Genfs für den Völkerbund zu streichen. Es gelang nur mit Mühe, das zu verhindern. Die gleichen Leute würden zwanzig Millionen für Gasmasken mühelos bewilligen.¹⁾ Gegen den Waffen- und Munitionshandel haben sich übrigens sehr energisch auch die schweizerischen *Frauenzentralen* ausgesprochen. Es hat sich ein aus Vertretern aller Parteien und Volkskreise bestehendes Komitee gebildet, das diese Sache weiter verfolgt.

In Lausanne haben unsere Freunde gegen das chauvinistische, der Verherrlichung des Schweizermilitärs gewidmete Stück: *La Gloire qui chante* (der Ruhm im Gefang) protestiert und mit viel Erfolg.

Kaufleute und Industrielle verlangen die Aufnahme von normalen Handelsbeziehungen mit Rußland. Warum nicht? Auch *politisch* wäre es am Platze. Denn stehen wir nicht in solchen Beziehungen auch zur Türkei?

Ein Versuch der Neuenburger Regierung, dem ehemaligen Pfarrer und jetzigen kommunistischen Propagandisten *Humbert Droz* Vorträge über Rußland zu verbieten, ist durch das Bundesgericht verhindert worden. Endlich wieder einmal eine Regung demokratischen Liberalismus!

Kulturelles.

Einen Pendant zu den Fällen Sacco und Vanzetti in Boston, Mooney und Billings in San Franzisko, Massie in Honolulu bildete der der *acht jungen Neger* in *Scottsboro*, die angeschuldigt sind, an zwei weißen Frauen Vergewaltigung geübt zu haben. Alles scheint dafür zu sprechen, daß sie unschuldig sind. Aber sie sind zum Tode verurteilt und kommen auf den elektrischen Stuhl, wenn es nicht im letzten Augenblick gelingt, das Urteil abzuwenden. Quousque tandem, America?

Im gleichen Amerika ist ein Versuch, die *Prohibition* durch die Freigebung von Bier bis zu 2,75 Prozent Alkoholgehalt zu durchbrechen, vom Repräsentantenhaus mit 228 gegen 169 Stimmen abgelehnt worden, trotzdem er mit dem Köder einer hohen Alkoholsteuer verbunden war. Die Prohibition scheint bei der Präsidentenwahl eine große Rolle spielen zu sollen.²⁾

Aus Berlin wird eine schauerhafte Tat eines Wahnsinnigen berichtet, der die abgeschnittenen blutigen Hände seiner ermordeten Mutter auf die französische Botschaft bringt.

¹⁾ Eine solche Vorlage ist übrigens angekündigt. Es soll mit 1½ Millionen begonnen werden, aber deren Bewilligung bedeutet natürlich die der ganzen Summe. So nimmt das Verhängnis seinen Lauf.

²⁾ Wie der Kampf gegen die Prohibition betrieben wird, zeigt folgende Notiz: Bei herrlichem Wetter fand in Neuyork am Pfingstsonntag die größte Parade statt, die die Geschichte dieser Stadt kennt. Unter Anführung des Bürgermeister Walkers durchzog eine „Bierparade“ von 11 Uhr bis Mitternacht die Straßen. Die Beteiligung war riesenhaft, man schätzt die Zahl der Demonstranten, denen sich auch nahezu alle in Neuyork lebenden Deutschen angeschlossen hatten, auf mehrere hunderttausend. Die Kundgebung ist von den „Nassen“ veranstaltet worden, um der Regierung vor Augen zu führen, daß alle Amerikaner die Einführung von alkoholhaltigem Bier begrüßen würden. (!)

Der Zug, den 70 Musikkapellen begleiteten, setzte sich in der 5. Avenue in

Im indischen Ozean ist der französische Dampfer „Georges Philibar“ mit 100 Passagieren untergegangen. 700 konnten gerettet werden.

In Mexiko hat ein *Erdbeben* 600 Tote und 1000 Verletzte gefordert.
Alles Mementi!

Religiöses und Kirchliches.

Eine päpstliche *Enzyklika* über die Weltlage ist erschienen. Es soll davon noch berichtet werden.

Die Enzyklika Quadragesimo anno hat u. a. zu einer wahren Verfolgung *Orels*, des heutigen Hauptes der sogenannten sozialromantischen Schule, geführt. Sein großes Werk: „*Oeconomia perennis*“ ist nach allerlei Quälereien verboten worden. In der Schweiz macht die *katholische Friedensbewegung* erfreuliche Fortschritte. Die Vereinigung *Pro Pace* in Zürich führt einen Kampf gegen den Waffen- und Munitionshandel, der für die protestantischen Kreise vorbildlich sein kann. Einige Aeußerungen katholischer Führer stehen anderwärts in diesem Heft.

In der in Genf erscheinenden „*Semaine Religieuse*“, dem offiziellen Organ der dortigen Kirchen, findet sich (Nr. 11. VI.) ein Artikel, der sehr weitgehend für die Dienstverweigerer eintritt. Demgegenüber ist die nationalistische Verblendung der großen Mehrheit des deutsch-protestantischen Pastorentums zum Verzweifeln. Nach einem Aufsehen erregenden Bericht hat an einer großen Theologenkonzferenz in Göttingen, unter brausendem Beifall und ohne Widerspruch zu finden, ein Pastor *Mattiat* folgendes erklärt:

„Wir sehen im Nationalsozialismus die deutsche Freiheitsbewegung, zu der wir uns bekennen würden, selbst wenn sie im Namen des Teufels geführt würde.“

Haben diese deutschen Theologen neben der Bergpredigt und dem Kreuz auch die Versuchungsgeschichte vergessen?

Wenn diese darin sündigen, so die angelfächsischen Kirchen in der zu großen Nachgiebigkeit gegen die Irrtümer einer verdorbenen Zivilisation. So haben neuerdings amerikanische Synoden sich weitgehend für die Empfängnisverhütung erklärt. „*Amerikanismus!*“

Zu reden gibt bei uns immer noch der Uebertritt des Pfarrers *Oskar Bauhofer* zur römisch-katholischen Kirche. Man will daraus in einigen fanatisch reformierten Kreisen ein Unglück, ja fast ein Vergehen machen. Aber sollte es nicht vielmehr zu begrüßen sein, wenn in das konfessionelle Verhältnis viel mehr Beweglichkeit käme, in dem Sinne, daß das, was jetzt einfach Sache der Geburt und der Gewohnheit ist, wieder viel mehr Sache der Freiheit und der eigenen

Bewegung. Der Verkehr wurde durch Radio von einem Babylustschiff aus geregelt, das dicht über den Marschierenden dahinflog. Sämtliche politischen Verbände, alle Rassen, alle Religionen, alle Berufe und alle Altersklassen waren vertreten; eine große Zahl von Revuegirls, Schauspielern und Artisten marschierten geschlossen mit. Die Straßen waren von etwa einer halben Million Zuschauern dicht umfäumt, die bis in die tiefe Nacht mit heiserer Kehle „Wir wollen Bier“ schrien.

Entscheidung würde? — In England ist der bekannte Prediger an der Kingsway-House-Kirche, *William Orchard*, ein hochbedeutender, uns in *manchem* (nicht in allem) nahestehender Mann, den gleichen Weg gegangen, aber es gibt darob keine Aufregung.

Pfarrer *Zindel*, unser einstiger Schüler, hat sein Arboner Pfarramt aufgegeben, weil er es als unerträglich empfand, als Pfarrer einer Partei (in diesem Falle der Sozialdemokratie) anzugehören. Nun, es kommt ganz darauf an, in welchem *Sinne* man das tut und in welcher *Form*. Dagegen sollte man nie unmittelbar vor einer Wahl in eine Partei eintreten, weil diese es wünscht, auch wenn man es sonst mit gutem Gewissen tun könnte.

Unsere „*Liga für das Christentum*“ bekümmert sich fortwährend sehr stark um die Sache des Christentums — in Rußland! Ueberhaupt: nötiger wäre eine „*Liga des Christentums*“ für uns, als eine von uns für das Christentum.

14. Juni.

Leonhard Ragaz.



Nochmals Polizei und Militär. Wie es scheint durch irrtümliche Auslegung einer Bemerkung von mir in einer der letzten Betrachtungen zur Weltlage veranlaßt, polemisiert Prof. Förster im ersten Aprilheft der „*Zeit*“ gegen die von mir vertretene Auffassung des Verhältnisses zwischen *Polizei* und *Militär*. Ich habe mich meinerseits nach der Auseinandersetzung mit ihm vor einem Jahre, die er durch seine völlig unprovozierten und unverantwortlichen Angriffe auf den religiösen Antimilitarismus der Schweiz notwendig gemacht hatte, weiterer Polemik mit ihm enthalten — eine einzige Bemerkung abgerechnet, die man aber kaum als „*Polemik*“ bezeichnen kann —, obschon fast jede Nummer der „*Zeit*“ dazu Anlaß gäbe. Aber es scheint mir, auf diesen letzten Artikel sei eine Antwort am Platze.

Offen gestanden: Ich habe bei wiederholter Lefung dieses Artikels nicht den Eindruck gehabt, es werde hier von *mir* geredet. Denn Förster geht offenbar von der Voraussetzung aus, ich mute den Völkern die totale und sofortige Abrüstung zu, ohne ihnen die geringste *Sicherheit* gegen „unprovozierten Angriff“ zu geben. Nun habe ich aber doch gerade in jenen Betrachtungen „*Zur Weltlage*“, wie übrigens auch früher oft genug, stark betont, daß wir das Problem der Sicherheit nicht vernachlässigen dürften. Ich bekämpfe zwar einen *falschen* Sicherheitsbegriff, das, was ich Sicherheitswahn nenne, den Wahn, daß das System der militärischen Rüstungen den Völkern wirklich Sicherheit geben könne, und kämpfe für eine bessere Auffassung von Sicherheit, eine, die aus einem anderen *Glauben* stammt, aber ich hoffe, Förster habe sich noch nicht so endgültig in seine „*Sackgasse* verannt“, daß er für diese Seite des Problems ganz und gar kein Verständnis mehr besitze. Ich wünsche, daß auch das größtmögliche Maß von Sicherheit durch *Ordnungen* geschaffen werde und lehne in diesem Sinne eine Völkerbundspolizei nicht *grundsätzlich*, etwa weil sie gegen die „*Gewaltlosigkeit*“ verstoße, ab, wenn ich auch über ihre praktische Möglichkeit mit meinem Urteil zurückhalte und jedenfalls dafür die militärische Totalabrüstung aller Völker voraussetze. Von irgend einer Preisgabe der Völker an eine internationale Anarchie ist also keine Rede.

Es steht damit durchaus nicht im Widerspruch, wenn ich an die Möglichkeit und Notwendigkeit glaube, daß einzelne Völker auf dem Wege der Abrüstung durch das *Wagnis vorangingen*. Es ist selbstverständlich, daß sie das nicht tun,

fehlt, mag man als einen Mangel bezeichnen, doch kann es auch infofern als Vorzug betrachtet werden, als Kierkegaard so selbst das Wort behält.

Summa: Gilgs Buch ist vortrefflich, aber Kierkegaard wartet noch auf seinen „Einzelnen“, um nicht zu sagen: auf seine Zeit. Er ist eben sehr viel mehr als ein Theologe, meint sehr viel mehr als eine ernste und geistvolle Theologie. L. R.

Druckfehler. Das *Juniheft* enthält ungewöhnlich viele kleinere Druckfehler. Es ist zu lesen: S. 244, Zeile 21 von oben „es“ (statt „er“); S. 263, Zeile 18 und 19 von oben „sie“, „Sie“ und „sie“ (statt „er“, „Er“, „ihn“); S. 266, Zeile 14 von oben „Konservatismus“ (statt „Konservativismus“); S. 275, Zeile 10 von oben „der“ (statt „das“); S. 280, Zeile 10 von oben „ihr“ (statt „ihm“); S. 281, Zeile 2 von oben „Rombaut“ (statt „Rombaude“) und Zeile 6 von oben „Pioch“ (statt „Pirah“); S. 286, Zeile 21 von oben „einen andern“ (statt „andere“).

Dieses Verzeichnis, das schwerlich vollständig ist, mag zeigen, daß der Leser manchmal von sich aus solche kleine Fehler zurechtrücken muß.

Redaktionelle Bemerkungen.

Wegen dem Ausbleiben des Vortrags von Lejeune ist der Redaktor in diesem Heft wieder stärker vertreten, als ihm lieb ist. Doch kommt es ja auf die *Sache* an, nicht auf die *Namen*.

Nicht zu entschieden? Ein junger Franzose, Philippe Vernier, erzählt von seiner Teilnahme am Kreuzzug für den Frieden folgendes Erlebnis: „Wir haben alle das Versagen der Führer bemerkt. Politische oder religiöse Führer, alle sind sie furchtsam und bedenklich in einem Augenblick, wo eine kühne Glaubenshaltung nötig ist. Ich höre noch die guten Ratschläge des Pastors eines kleinen Schweizer Dorfes: ‚Seien Sie vorsichtig! Meine Gemeindeglieder sind nicht bereit, eine zu entschiedene Botschaft anzuhören.‘ Und ich höre noch nach der Versammlung, in der wir ebenso entschieden gewesen waren wie sonst, die Gemeindeglieder uns sagen: ‚Seit Jahren haben wir darauf gewartet!‘“

* * *

Ich weiß nicht, ob es Pflicht ist, Glück und Leben der Wahrheit zu opfern. Aber das, weiß ich, ist Pflicht, wenn man die Wahrheit lehren will, sie ganz oder gar nicht zu lehren, sie klar und rein, ohne Rätzel, ohne Zurückhaltung, ohne Mißtrauen in ihre Kraft zu lehren.

Lessing.

* * *

Was nicht zur Tat wird, hat keinen sittlichen Wert.

Gustav Werner.